

Zukunftsregion Kaspisches Meer

Deutsche Interessen und Europäische Politik in den transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten

Positionspapier der SPD Bundestagsfraktion

Vorgelegt von Gernot Erler, MdB

in Zusammenarbeit mit

Dr. Friedemann Müller, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen, und Dr. Uwe Stehr, Wiss. Mitarbeiter, SPD-Bundestagsfraktion

Juni 1998

Vorwort

Die SPD-Bundestagsfraktion widmet der Entwicklung in Zentralasien und am Kaspischen Meer große Aufmerksamkeit. In dieser "Zukunftsregion" bestehen mehrere Konflikte und Probleme, die sich durch das weltweite Interesse an den Öl- und Gasvorkommen verstärken können. Es gibt aber für Deutschland und Europa auch attraktive Gestaltungsmöglichkeiten, um eine friedliche Zukunft zu unterstützen und den eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen. Im Bundestag hat die SPD-Fraktion eine Kleine Anfrage zu diesem Themenkomplex eingebracht ("Die Entwicklung des kaspischen Raumes und die Interessen Deutschlands", 05.12.97, Drs. 13/9363). Die Bundestagsabgeordneten Gernot Erler, Dr. Dietrich Sperling und Uwe Hixsch haben außerdem im Jahr 1998 mit eigenen Beiträgen an zwei internationalen Kongressen in Berlin (Öl und Gas im Kaspischen Raum: Geopolitik und regionale Sicherheit. 23-25.1.1998. FES Bonn und Museum Karlshorst Berlin) und Washington (Oil and Gas in the Caspian Sea Region: Geopolitical and Regional Security. March 11-12, 1998. FES Washington) teilgenommen.

Mit dem in dieser Broschüre vorgelegten Positionspapier "Zukunftsregion Kaspisches Meer" dokumentiert die SPD-Bundestagsfraktion den Zwischenstand ihrer eigenen konzeptionellen Überlegungen zur Entwicklung der transkaukasischen und zentralasiatischen Republiken und bietet damit eine verbindliche Diskussionsgrundlage für den erwünschten Dialog über die Zukunftsgestaltung der Kaspischen Region.

Rudolf Scharping

Zentralasien und die Kaspische Region: Politische Herausforderungen nach Auflösung der Sowjetunion

Als die Sowjetunion sich 1991 auflöste, entstanden 15 selbständige Länder. In Zentralasien begannen die Republiken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ein politisches Eigenleben, ebenso wie die transkaukasischen Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Alle diese acht Länder gehören zur "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (GUS), in der die Russische Föderation mächtigster Partner ist. Die politische Entwicklung seit 1991 hat aber gezeigt, daß diese acht Länder innerhalb der GUS, zu der auch noch die Ukraine, Belarus und Moldova gehören, eine geographisch-politische Einheit bilden, mit mannigfachen Wechselbeziehungen untereinander.

Die Entdeckung reicher Vorkommen mineralischer Rohstoffe vor allem in Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan hat das Bewußtsein für die Zusammengehörigkeit der Kaspischen Region gestärkt. Diese potentiellen Reichtümer haben weltweit Interessen und Phantasien geweckt. Letztere knüpfen an historische Vorläufer an. Zu Beginn dieses Jahrhunderts richtete sich schon einmal die internationale Aufmerksamkeit auf Mittelasien. Geopolitiker wie der Deutsche Karl Haushofer und der Brite Halford Mackinder kultivierten mit ihren "Turkestan" - und "Heartland"-Theorien die Vorstellung,

daß eine politische Kontrolle über diese Brücken-Region zwischen Europa und Asien die Tür zur Weltherrschaft öffne.

Die Erinnerung an diese Konzepte schwingen mit, wenn heute die zentralasiatische Region erneut zum Gegenstand zahlreicher geostrategischer Diskussionen wird. Dabei steht die Frage im Zentrum, ob die neuen Öl- und Gasfunde die Annahme rechtfertigen, hier könnte eine "zweite Golfregion" entstehen, auf die politischen Einfluß zu nehmen dann gleich für mehrere große Mächte interessant werden muß.

Typisch für die Kaspische Region ist eine sehr große Bandbreite zwischen möglichen und gesicherten Reserven mineralischer Rohstoffe. Als tatsächlich gesichert können beim Öl ca. 3 Mrd. t gelten, was 2 Prozent der Weltreserven entspricht und in etwa die Größenordnung der Nordseevorkommen erreicht. Die Erwartungen reichen allerdings bis 28 Mrd. t (zum Vergleich: Saudi-Arabien verfügt allein über gesicherte Vorkommen von 35 Mrd. t Rohöl). Erschließbare Bestände bis 10 Mrd. t (7 Prozent der Weltreserven erscheinen als wahrscheinlich.

Beim Erdgas liegen die explorierten und vermuteten Reserven näher beieinander. In der Region gelten acht Bio. Kubikmeter Gas (sechs Prozent der Weltreserven) als gesichert, vermutet aber werden 18 Bio. Kubikmeter. Diese Größenordnungen rechtfertigen insgesamt nicht, von einer zweiten Golfregion zu sprechen. Das weltweite Interesse an einem Zugang oder gar einer Kontrolle über diese Vorkommen läßt sich trotzdem nachvollziehen. So beträgt die Reichdauer des Nordseeöls bei gleichbleibender Förderung noch 14 (Norwegen) bzw. 10 Jahre (Großbritannien), danach wächst erneut die Abhängigkeit des Westens von den Ölressourcen des Nahen Ostens. Der Erdgasbedarf Europas ist im Jahr 2010 nach heutigem Stand zu 10 Prozent, im Jahr 2020 sogar zu 30 Prozent ungedeckt und sucht neue Anbieter. Außerdem ist eine Zunahme der Energienachfrage aus Süd- und Südostasien für die Zukunft zu erwarten. Jede Diversifizierungs-Chance der Energieversorgung wird durch diese Entwicklungen attraktiv. In der Kaspischen Region kreuzen sich deshalb sehr unterschiedliche Interessen. Die Lage verkompliziert sich noch dadurch, daß kein natürlicher Zugang zum offenen Meer und damit zu den Abnehmermärkten besteht. Die mineralischen Ressourcen lassen sich sowohl für die Förderländer in der Region wie für die beteiligten Mineralölgesellschaften und die Endverbraucher erst nutzen, wenn entsprechende Transportsysteme (Pipelines) installiert worden sind. Jede Entscheidung über die Führung der Pipelinenetze nützt dabei einer Partei, benachteiligt aber eine andere.

Die politische Herausforderung besteht darin, daß die beschriebenen Interessenkollisionen in einer Region stattfinden, in der nach der Auflösung der Sowjetunion noch keine stabilen politischen Verhältnisse entstehen konnten. Die acht Staaten Transkaukasiens und Zentralasiens haben ihre Identitätssuche noch nicht abgeschlossen, sie ringen um ihre dauerhafte Selbständigkeit, sie stehen überwiegend noch ganz am Anfang einer politischen und wirtschaftlichen Transformation in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft und sie sehen sich inmitten eines als bedrohlich empfundenen sicherheitspolitischen Vakuums den unterschiedlichsten politischen Einflüssen von außen her ausgesetzt. Die Perspektiven erscheinen völlig offen. Die zentralasiatisch-kaspische Region könnte unter Mitwirkung einer verantwortungsvollen, die Gesamtinteressen der Region berücksichtigenden Politik der internationalen Gemeinschaft und bei kooperativer Nutzung der vorhandenen Reichtümer die bestehenden Konflikte und Probleme entschärfen und sich sogar zu einer Modellregion für einen präventiven internationalen Interessenausgleich entwickeln. Es kann aber auch eine zweite Golfregion entstehen - allerdings nicht im Sinne des Umfangs der Energiereserven, sondern im Sinne einer Reproduktion jener Spannungen und Interessengegensätze, die im Nahen Osten schon mehrfach zu blutigen Kriegen geführt haben.

Deutsche und Europäische Interessen in der Kaspischen Region

Die Bundesrepublik Deutschland und die Staaten der Europäischen Union verfolgen in der Kaspischen Region sowohl politische wie wirtschaftliche Ziele und Interessen. Stark ausgeprägt ist der Wunsch nach einer politischen Stabilität im gesamten postsowjetischen Raum als Grundlage für die laufenden Transformationsprozesse in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Aus europäischer Sicht kann eine stabile und konfliktvermeidende Entwicklung der Kaspischen Region nur Erfolg haben, wenn es zu einem Ausgleich zwischen den Interessen der acht Länder der Region, aber auch aller übrigen betroffenen Regional- und Großmächte kommt. Dazu zählen Rußland, China und die Vereinigten Staaten, aber auch die Türkei und der Iran, wegen der Pipeline-Fragen auch Afghanistan und Pakistan sowie die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres. Monopolstrukturen bei der Erschließung der Öl- und Gasvorkommen und ihres Transportes zu den Abnehmermärkten schaden

einem solchen wünschenswerten Interessenausgleich ebenso wie die Ausgrenzung bzw. Interessenschädigung eines oder mehrerer der genannten Staaten.

Politische Stabilität schafft den Rahmen, in dem sich die europäischen wirtschaftlichen Interessen entfalten können. Sie richten sich zum einen auf die Sicherung der europäischen Energieversorgung über die direkte Beteiligung an den großen kaspischen Öl- und Gaskonsortien. Transnationale europäische Mineralölgesellschaften wie Agip, British Gas, BP, Royal Dutch Shell, Statoil und Total beteiligen sich an den Upstream-Aktivitäten und den Pipeline-Projekten. Sie erreichen allerdings nicht annähernd die Anteile der großen amerikanischen Gesellschaften, die bei den wichtigsten Konsortien in Kasachstan und Aserbaidschan inzwischen bei 40 bis 50 Prozent liegen.

Aus der Bundesrepublik Deutschland, die unter den wichtigsten 100 international tätigen Mineralölgesellschaften nicht vertreten ist, gibt es einige kleinere Beteiligungen, wobei der 10-Prozent-Anteil der Essener DEMINEX an dem 5. aserischen Konsortium in Lenkoran-Deniz der bedeutendste ist. Ansonsten richten sich die deutschen wirtschaftlichen Interessen überwiegend auf die Beteiligung an Infrastrukturaufträgen, besonders im Bereich Straßenbau, Errichtung von Verkehrssystemen und kommunaler Infrastruktur, Telekommunikation, Rundfunk und Fernsehen sowie der Erzeugung und Distribution von Elektroenergie, um nur einige Schwerpunkte zu nennen.

Der bisherige deutsche Außenhandel mit den acht transkaukasischen und mittelasiatischen Ländern erreichte bisher nur bescheidene Ausmaße. Die Einfuhr lag 1996 bei einem Wert von 473 Mio., die Ausfuhr bei 1.681 Mio. DM. Das Volumen deutscher Direktinvestitionen muß bisher als marginal gewertet werden. Allerdings fallen die hohen Wachstumsraten auf. Der Gesamtwert des Handels mit der Region wird 1998 die Summe von 2,5 Mrd. DM überschreiten, und allein mit Kasachstan kletterte das Volumen von Einfuhr/Ausfuhr von 546 Mio. DM im Jahr 1996 auf 1,1 Mrd. DM in 1997.

Die deutsche Industrie bewertet die Chancen für die Zukunft als positiv. Sie kann dabei auf eine gegenüber Deutschland positive Grundstimmung verweisen, die sich auf das Ansehen deutscher Namen wie Siemens, Rothschild und anderer zurückführen läßt, die schon zur ersten Industrialisierungswelle in dieser Region zu Beginn des 19. Jahrhunderts unvergessene Beiträge geleistet haben. Vor Ort erweist sich auch als Gunstfaktor, daß sich die deutschen Wirtschaftsinteressen nicht auf das unmittelbare Öl- und Gasgeschäft reduzieren und somit die Möglichkeiten der gewünschten ökonomischen Diversifizierung erweitern. Und schließlich verbinden sich die wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen nicht mit etwaigen geopolitischen und geostrategischen Interessen der Bundesrepublik, was in den Ländern der Region als Vorteil registriert wird.

Politische Stabilität, Fortschritte bei der Transformation von Staat und Gesellschaft, Beiträge zur europäischen Energiesicherheit, faire Rahmenbedingungen für Investitionen und Ausbau der Handelsbeziehungen - dieser Katalog von Zielen und Interessen erhält Zustimmung bei allen europäischen Staaten. Insofern bestehen hervorragende Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Politik in der zentralasiatisch-kaspischen Region, deren Umrisse bisher aber noch kaum zu erkennen sind.

Hemmnisse und Risiken

Einige Umstände in den acht Ländern der Region wirken sich hemmend auf die rasche Entwicklung besserer Wirtschaftsbeziehungen aus. Deutsche Unternehmen bekommen z.B. zu spüren, daß die Transnationalen Konzerne (TNCs) der Mineralölbranche ihre Beteiligungen und Investitionen häufig an günstige Konditionen für andere Anbieter aus ihren Herkunftsländern knüpfen. Das Geschäft mit den Energierohstoffen wird zum Türöffner für weitere Aufträge im Infrastrukturbereich. Die deutsche Politik muß hier besondere Anstrengungen unternehmen, um auf faire Bedingungen zu drängen und einen Ausgleich für die so entstehenden Wettbewerbsverzerrungen zu schaffen.

Viele Geschäfte scheitern an Finanzierungsproblemen. Selbst die Länder mit großen Öl- und Gasvorkommen verfügen noch über keine ausreichende Kaufkraft, da die Ressourcen erst in Zukunft die Nationaleinkommen verbessern werden. Der Rückgriff auf privates Risikokapital oder staatliche Bürgschaften bereitet Probleme. Die deutschen Hermesbürgschaften sind z.B. an Staatsgarantien gekoppelt, die zu gewähren sich die Partnerländer bisher weitgehend verweigern. Die ohnehin bescheidenen Kreditrahmen bleiben infolgedessen unausgeschöpft. Erst mittelfristig werden sich die Kreditprogramme der KfW für die kleinen und mittleren Unternehmen in dieser Region auswirken. Auf Barter-Gegengeschäfte auszuweichen setzt die Fähigkeit voraus, für meist branchenfremde Produkte

westliche Märkte aufzuschließen, was viele der europäischen Handelspartner vor schier unlösbare Aufgaben stellt.

Die wirtschaftliche Tätigkeit in den Ländern der Kaspischen Region stößt auch auf eine Reihe von Schwierigkeiten, die im Rückstand der Transformationsprozesse begründet sind. Es gibt Klagen über Rechtsunsicherheit und schwer auszuräumende administrative Hürden, über rasch wechselnde Zuständigkeiten, mangelhafte Einhaltung von Verträgen, eine schwache Zahlungsmoral und eine verbreitete Korruptionsmentalität. In den bilateralen Kontakten ist es notwendig, die Regierungsvertreter der Partnerländer immer wieder darin zu bestärken, diesen Kooperationshemmnissen entgegenzutreten.

In den Staaten der Region hat sich das Wirtschaftsleben von politischer Beeinflussung noch nicht emanzipiert. Zwischen den Staatsführungen und den Leitungen der maßgeblichen Staatsbetriebe und Privatfirmen bestehen engste personelle, teilweise sich an Clan-Strukturen anlehende Verflechtungen. Wichtige Geschäftsabschlüsse benötigen in der Regel die direkte und persönliche Zustimmung der jeweiligen Präsidenten. Solange diese patrimonialen Strukturen noch vorwalten, muß man sie berücksichtigen. Ohne die Herstellung dauerhafter persönlicher Kontakte zu den Führungspersönlichkeiten funktioniert vorerst keine Promotion der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Die politische Stabilität und der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen hängen aber in noch größerem Umfang von der dauerhaften Lösung der zahlreichen Konflikte der Region ab, die jederzeit wieder virulent werden können. Zwischen Aserbaidschan und Armenien kann die kriegerische Auseinandersetzung um Nagorno-Karabach jederzeit wieder aufflammen. Die Regierung in Baku wird die Besetzung von 20 Prozent des aserischen Territoriums und die sozialen Lasten von 800.000 Binnenflüchtlingen nicht auf Dauer hinnehmen können. Ohne eine Klärung der Verhältnisse in Abchasien und Südossetien wird Georgien nicht zur Ruhe kommen. Die Narben des blutigen Tschetschenienkrieges sind noch lange nicht verheilt. Und Minderheitenprobleme destabilisieren fast alle Gesellschaften der Region, auch wenn sie nicht überall die Dimension wie in Kasachstan annehmen, wo 31 Prozent der Bevölkerung russischer Herkunft sind und dazu noch 260.000 Deutsche im Land leben.

Die latenten ethnischen Konflikte und Minderheitenprobleme tragen dazu bei, daß jeder staatliche Akteur in der Kaspischen Region politisch und in seinen Interessen verwundbar und damit auf das Wohlwollen und den Ausgleich mit seinen Nachbarn angewiesen ist. Einige Beispiele illustrieren diese für die ganze Region besonders charakteristische Situation:

- Wenn Aserbaidschan die Interessen Rußlands zu sehr mit Füßen tritt, kann Moskau über seinen Einfluß in Armenien über Nagorno-Karabach oder eine Unterstützung der Lesgier-Minorität erheblichen Druck auf Baku ausüben. Ähnliches gilt für Moskaus Möglichkeiten gegenüber Georgien unter Nutzung des abchasischen und südossetischen Konflikts. Auch eine rußlandfeindliche Haltung Kasachstans könnte der Kreml mit einer Aufwiegelung der kasachischen Russen beantworten.
- Umgekehrt könnte ein zu starker russischer Druck die Regierungen von Aserbaidschan und Kasachstan veranlassen, den Transit ihrer Öl- und Gasvorkommen endgültig so zu organisieren, daß russischer Boden umgangen wird und die bestehenden russischen Pipelinenetze boykottiert werden. Auch die "tschetschenische Karte" läßt sich jederzeit ziehen, zumal die wichtigste russische Pipeline für 147 km mitten durch Tschetschenien läuft und die bereits ausgeplante Umgehung wohl kaum gegen tschetschenische Sabotageakte zu schützen wäre.

Je mehr Mächte außerdem noch von außen in die Kaspische Region hineinwirken und dort Eigeninteressen verfolgen, dabei aber auf andere Interessen oder Konkurrenten stoßen, desto rascher wachsen die politischen Risiken. Dies zeigt bereits ein stichwortartiger, bei weitem nicht vollständiger Überblick:

- Die Vereinigten Staaten haben Interesse an einem zweiten, von der Golfregion unabhängigen, international zugänglichen Fördergebiet bedeutender mineralischer Rohstoffe und unterstützen deshalb das umfangreiche Engagement amerikanischer Ölgesellschaften in der Region. Außerdem wollen sie um jeden Preis eine Kontrolle Rußlands über das vormals sowjetische Kaspien oder gar eine Wiederherstellung des 1991 zerfallenen Imperiums sowie jegliche Einflußnahme des Irans verhindern;

- Die Russische Föderation möchte den traditionellen politischen und ökonomischen Einfluß in der Region nicht aufgeben, betrachtet die Rolle Amerikas und der mit ihm verbündeten Türkei mit Skepsis und will sich durch den Transit der kaspischen Rohstoffe über russische Pipelines Kontrolle und Profit sichern;
- China verschafft sich über eine gigantische Pipeline aus Kasachstan (Vertragssumme: 9,5 Mrd. Dollar) einen Teil der für die eigene wirtschaftliche Zukunft nötigen Energieversorgung und avanciert damit zum Konkurrenten sowohl Rußlands wie der westlichen TNCs;
- Der Iran, selbst Anrainer des Kaspischen Meeres, sieht sich als natürliche islamische Vormacht der Region und bietet sein gut ausgebautes Pipelinenetz als ideales Transportmittel für die kaspischen Rohstoffe zum offenen Meer und zur Bedienung der asiatischen Märkte an, stößt damit aber auf das Veto Washingtons;
- Die Türkei weiß sich als die politische Alternative zu Teheran der amerikanischen Unterstützung sicher und möchte über die Mammutpipeline Baku-Ceyhan den Löwenanteil der Transportprofite aus den kaspischen Energierohstoffen für sich gewinnen und sie dadurch zugleich der russischen Kontrolle entziehen.

Die Bedeutung der beteiligten Mächte und die Gemengelage der divergierenden politischen und ökonomischen Interessen erinnern an die Rahmenbedingungen des "Great Game" vom Beginn dieses Jahrhunderts, weshalb dieser Vergleich auch häufig gezogen wird. Die Parallelen halten sich aber schon deshalb in Grenzen, weil heute mit den großen transnationalen Öl- und Gaskonzernen neue "Global Player" mit am Spieltisch sitzen. Und diese verfolgen häufig ganz andere Interessen als ihre Regierungen. So unterstützen die russischen Ölmultis keineswegs die bisherige Moskauer Taktik, den Streit über den Status des Kaspischen Meeres zum Hebel zur Verunsicherung und Verzögerung der konkreten Explorationen zu machen. Und die acht großen US-Mineralölgesellschaften, die vor Ort schon milliardenschwere Kontrakte geschlossen haben, kritisieren und bekämpfen die Washingtoner Containment-Politik gegenüber Rußland und besonders gegenüber Iran, die einer vernünftigen Lösung der Pipelinefragen störend im Wege steht.

An Anzeichen für wachsende Spannungen und für die Versuchung, vorhandene Konflikte für egoistische politische Ziele zu instrumentalisieren, fehlt es in der Kaspischen Region nicht. Vieles hängt davon ab, ob sich die europäischen Staaten zu einer eigenen, politischen Strategie für diese Region durchringen zu können.

Zukunftsregion Kaspisches Meer: eine Politische Strategie

Die Kaspische Region wird sich nicht von alleine zu einer Zone des Friedens, des Wohlstands und der politischen Stabilität entwickeln. Das Engagement westlicher Staaten und westlicher multinationaler Konzerne in der Region schafft Mitverantwortung. Eine gemeinsame politische Strategie Europas für die transkaukasischen und mittelasiatischen Länder existiert bisher nicht, sie wird aber gebraucht. Im folgenden werden einige Punkte genannt, die eine solche politische Strategie Europas für die Kaspische Region enthalten sollte.

1. Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft als Voraussetzung für den Frieden

Die Doktrin des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, nach der demokratische Länder keine Kriege gegeneinander führen und ihre Interessengegensätze mit nichtmilitärischen Mitteln untereinander klären, wurde bisher nicht widerlegt. Allein diese Erfahrung würde jede Unterstützung für eine demokratische Transformation der acht Staaten der Kaspischen Region rechtfertigen.

Es kommen aber mehrere regionalspezifische Argumente hinzu. In den Staaten, die über neue Reichtümer durch Rohstoffe verfügen, beobachten wir heute eine völlig einseitige Aneignung dieser Reichtümer durch einzelne Familien, Clans oder Oligarchien. Eine Nutzung der Ressourcen zur Verbreitung von Massenwohlstand findet nicht statt, im Gegenteil: Die Unterschiede zwischen demonstrativem Luxus auf der einen Seite, sich beschleunigendem Elend auf der anderen wachsen. Die Unterdrückungsapparate, ohne die sich solche Verhältnisse nicht aufrechterhalten lassen, produzieren fortlaufend Menschenrechtsverletzungen. Bleibt es auf Dauer bei dieser Form der Wohlstandsverteilung, werden Proteste der benachteiligten Gruppen nicht zu verhindern sein. Unter den obengenannten Voraussetzungen von außen kommender konkurrierender Interesseneinwirkungen können solche Proteste instrumentalisiert werden und krisenhafte Zustände der Destabilisierung und Spannung in der gesamten Region herbeiführen.

Wo Gewinne aus der Rohstoffförderung oligarchisch abgeschöpft werden, fehlt in der Regel auch das Umweltbewußtsein. Die horizontale Nichtsolidarität in Form einer elitären Verteilung des Reichtums findet ihre Entsprechung in einer vertikalen Nichtsolidarität gegenüber den noch nicht geborenen Generationen. Erst eine erfolgreiche Transformation wird Mehrheiten für eine ressourcen- und umweltschonende Nutzung der wertvollen Naturgüter schaffen. Eine Fortsetzung der rücksichtslosen Rohstoffausbeutung dagegen wird nicht nur die Umwelt-, sondern auch die Sicherheitsrisiken für die ganze Region vervielfachen. Das ökologische Gleichgewicht des Kaspischen Meeres, das mit seiner möglicherweise noch bis 2010 oder 2020 anhaltenden Wasserspiegelerhöhung von 14 Zentimetern pro Jahr seinen Anrainern ohnehin größte Probleme bereitet, steht angesichts verrottender Altbohranlagen, zahlreicher neuer Off-Shore-Förderungen und von über dem Meeresboden verlaufenden Pipelineprojekten auf der Kippe. Noch leben aber mehr Menschen vom Fischfang und der Kaviarproduktion als von der Ölförderung, die auch wertmäßig letzterer heute noch gleichkommt. Eine neue Umweltkatastrophe aber könnte eine Region nicht verkraften, die schon jetzt keine Antwort darauf weiß, wie die Austrocknung und Vergiftung des Aral-Sees aufgrund der Baumwollmonokultur an seinen beiden bedeutendsten Zuflüssen Amu-Darja und Syr-Darja aufgehalten und die atomare Verseuchung des Gebietes von Semipalatinsk, dem Atomwaffentestgelände der ehemaligen Sowjetunion, in ihren Auswirkungen unter Kontrolle gebracht werden soll. Angesichts dieser Umstände und der Gewißheit, daß autoritäre Regime eben jene Ausbeutungspolitik fortsetzen werden, die während der Sowjetzeit zu diesen verheerenden Umweltkatastrophen geführt hat, kann das politische Ziel der demokratischen Transformation einen geradezu überlebenswichtigen Rang für die gesamte Region in Anspruch nehmen.

Es kann deshalb nicht europäische Politik sein, vor Menschenrechtsverletzungen und Erscheinungen der Demokratisierungsverweigerung bei einigen Regimen in der Region die Augen zu verschließen, nur weil vorteilhafte Geschäfte in Öl, Gas und mit anderen Rohstoffen winken. Diese bequemen und profitablen Abschlüsse werden sich mittelfristig als äußerst kostspielig erweisen, wenn ihr heutiger Preis die stillschweigende Komplizenschaft mit regionalen, die Transformation verweigernden oder verzögernden Machthabern ist.

2. Regionale Kooperation versus "Strategische Allianzen"

Für die Organisation regionaler Kooperation mit dem Ziel eines gemeinsamen Marktes in der transkaukasisch-zentralasiatischen Region sprechen zunächst rein ökonomische Erwägungen: Auswärtige Investoren, gerade auch solche, die vor Ort gerne Produktionsanlagen errichten würden, stoßen auf das Hindernis eines zu kleinen, zersplitterten Marktes. Ein gemeinsamer Markt der Gesamtregion würde aber immerhin etwa 70 Millionen Menschen umfassen und damit eine bereits attraktive Größenordnung erreichen.

Für regionale Kooperation spricht auch, daß die gesamte Region "land-locked" ist und über keinen Zugang zum offenen Meer verfügt. Wohlstand durch Energierohstoffe wird Phantasie bleiben, solange die Transportrouten ausbleiben. Die drei dafür notwendigen Voraussetzungen heißen Entscheidung, Bau und Sicherung. Die bereits beschriebenen wechselseitigen Verwendbarkeiten und Abhängigkeiten erzwingen geradezu eine einvernehmliche, die Interessen aller Seiten berücksichtigende Lösung der Pipelinefragen. Die Stimmen aus den großen Mineralölgesellschaften sprechen hier eine deutliche Sprache: Sie werben aus ökonomischen Erwägungen heraus für eine kooperative Lösung und lehnen politische Prärogativen, aus welchen Motiven sie sich auch speisen mögen, nachdrücklich ab.

Zu den genannten wechselseitigen Abhängigkeiten kommt eine weitere regionalspezifische, die ebenfalls Kooperation geradezu erzwingt. Denn die rohstoffreichen, niedriger gelegenen Republiken Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan verfügen über wenig Wasser. Davon aber haben die höher gelegenen Staaten Kirgistan und Tadschikistan reichlich, während sie mit anderen Reichtümern weniger gesegnet sind. Der Kampf um das lebenswichtige Wasser muß nicht ausbrechen, wenn ein regionales Verteilungs- und Kohärenzsystem den Ausgleich der ungleich verteilten Güter regelt.

Leider läuft die politische Entwicklung derzeit in eine entgegengesetzte, verhängnisvolle Richtung. Unter dem Einfluß der außerregionalen Mächte bilden sich immer deutlicher zwei Staatengruppen heraus, die sich inzwischen bereits als "Strategische Allianzen" bezeichnen und deren Frontlinie mitten durch die Kaspische Region verläuft. Die eine Gruppe verbindet die Vereinigten Staaten mit der Türkei sowie Aserbaidschan und Georgien. Zur anderen zählt man die Russische Föderation, den Iran, Armenien und (mit Einschränkung) Turkmenistan. Der Antagonismus dieser "Allianzen" erinnert

an geopolitische Fehlentwicklungen zur letzten Jahrhundertwende, die Europa einen hohen Blutzoll abgefordert haben. Eine gemeinsame europäische Politik muß versuchen, eine Wiederholung solcher Fehlentwicklungen in der Zukunftsregion Zentralasien zu vermeiden. Europa unterstützt und fördert regionale Kooperation im Baltikum (Zollunion), in Ostmitteleuropa (CEFTA) und auf dem Balkan, weil eine solche Zusammenarbeit gemeinsame Lösungen für Konflikte ermöglicht und Integrationsfähigkeiten, wie sie bei einer erweiterten EU gebraucht werden, fördert. Für politische Konzepte, die Europa in Ost- und Südosteuropa für richtig hält und unterstützt, sollte die EU auch in der Kaspischen Region werben und einer gefährlichen Blockbildung frühzeitig entgegenzutreten.

3. Einbindung in europäische Prozesse: OSZE und Energie-Charta

Alle acht Staaten der Region gehören zur GUS, sehen sich aber nach der Auflösung der Sowjetunion mit einem sicherheitspolitischen Vakuum konfrontiert und setzen mehrheitlich für die Zukunft weder auf die Russische Föderation, die außer in Aserbaidschan in der ganzen Region Garnisonen unterhält, noch auf die GUS bei der Ausfüllung dieses Vakuums. Der Blick fällt bei der Suche nach Alternativen automatisch auf die OSZE, die sich durch ihre Missionen in Tadschikistan, Georgien, Tschetschenien und Berg-Karabach (Minsk-Konferenz) einiges Vertrauen erworben hat. Diese einzige in Mittelasien aktive und zuständige Sicherheitsorganisation verbindet den Vorteil, nicht einseitig die Interessen bestimmter Großmächte zu vertreten, Rußland aber dabei nicht auszuschließen. Eine Stärkung der OSZE-Rolle in der Region kann Moskau schon deshalb nicht provozieren, weil Rußland selber seit längerem eine Aufwertung der OSZE fordert.

In letzter Zeit verstärken die Staaten der Kaspischen Region ihre Erwartungen an die OSZE, was bei dem Besuch ihres Amtierenden Vorsitzenden Geremek in fünf zentralasiatischen Republiken im April 1998 besonders deutlich wurde. Bisher operiert die OSZE von einem bescheidenen Regionalbüro (Central Asia Liaison Office) in Taschkent aus. Mehrere der besuchten Staaten bewarben sich um eigene Verbindungsbüros, wobei Bischkek (Kirgistan) die besten Chancen auf eine Neueröffnung hat. Während die Tätigkeit des "Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte" (ODIHR) auf wenig Begeisterung stößt, wünschen sich die Präsidenten und Regierungen Zentralasiens eine stärkere Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen und eine aktivere Rolle der OSZE bei der Lösung von ökonomischen und ökologischen Problemen.

Die Bundesrepublik und die europäischen Staaten sollten diese Nachfrage aufgreifen und die OSZE entsprechend ausstatten, damit sie in der Kaspischen Region zusätzliche Aufgaben übernehmen kann. Die Demokratisierungs- und Menschenrechtsziele dürfen dabei nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Die OSZE-Orientierung an Werte- und Rechtsordnungen enthält wichtige Prinzipien und Botschaften, die in der transkaukasisch-zentralasiatischen Staatengruppe Resonanz brauchen. Die OSZE kann über ihr dialogorientiertes Krisenpräventions-Instrumentarium zur Entspannung in der Kaspischen Region beitragen und als überparteilicher Sachwalter ohne eigene geopolitischen Zielsetzungen das sicherheitspolitische Vakuum in konstruktiver Weise ausfüllen. Die mittelasiatischen Gesellschaften brauchen internationale Hilfe bei der Bewältigung der genannten Umweltkatastrophen, und jeder Ansatz zu regionaler Wirtschaftskooperation verdient Unterstützung. Es bietet sich an, auch für diese Aufgaben im Sinne der geäußerten Wünsche vor Ort diese OSZE einzusetzen. Dazu benötigt die OSZE, die im Vergleich mit anderen internationalen Institutionen ein beeindruckendes Verhältnis von Leistung und Aufwand erreicht, allerdings zusätzliche Mittel.

Eine große Chance für die kaspische Region besteht auch in dem Energie-Charta-Vertrag (ECT), der am 16. April 1998 in Kraft trat und den bisher 32 Staaten, darunter alle acht Republiken der Region, ratifiziert haben. Der ECT schafft verlässliche und gleiche Bedingungen für Investitionen in Exploration, Upstream-Projekte und Pipelinenetze, er hält Instrumente zur garantierten Vertragserfüllung bereit, sichert die freie Durchleitung von Öl und Gas und bietet im Falle von Streitigkeiten ein effektives Schlichtungsverfahren an. Damit kann er als Bollwerk gegen die in der Kaspischen Region drohende Politisierung der Rohstofferschließung und -förderung und des Transits der Energieträger gelten sowie als Wegbereiter für eine ökonomische und rationale Entscheidung über die in Frage stehenden Varianten. Die globalen Investoren haben ein Interesse daran, daß ihr Engagement als Rahmenbedingung das Internationale Recht und nicht ein Gestrüpp miteinander ringender Einflußgruppen vorfindet. Der inzwischen weltweit Unterstützung erhaltende Energie-Charta-Vertrag kann hierbei wertvolle Hilfe leisten. Europa sollte Anstrengungen unternehmen, die eigene Energiesicherung und alle Öl- und Gasgeschäfte in der Kaspischen Region auf dieser Rechtsgrundlage fest zu verankern. Dazu gehört auch ein Werben dafür, daß die Vereinigten Staaten dem ECT beitreten, die Russische Föderation den Vertrag ratifiziert und Iran eingeladen wird, den Vertrag zu unterschreiben und zu beachten.

Zukunftsregion Kaspisches Meer: Ein Ausblick

Die Kaspische Region wird in jedem Fall für die globale Versorgung mit Energierohstoffen eine wichtige Rolle spielen, unklar bleibt bisher nur ihr Anteil in präzisen Prozentzahlen. Ein Vergleich mit der Golfregion bietet sich an und wird immer wieder gezogen. Die Golfregion war schon mehrmals Austragungsort verlustreicher Kriege. Sie ist gekennzeichnet von ethnischen und religiösen Gegensätzen, sie wird überwiegend dominiert von nichtdemokratischen, autoritären Regimen, die elitäre Aneignung der Profite aus den Energierohstoffen, also des Reichtums durch Öl und Gas, hat den Golfstaaten keinen Massenwohlstand und der Region als ganzer keine Stabilität und Prosperität gebracht. Die strategische Bedeutung der Golfregion für die westliche Energieversorgung erzwingt vielmehr einen dauernden und kostspieligen Stabilisierungs-Input von außen. Allein die Vereinigten Staaten investieren zu Friedenszeiten jährlich mehr als 30 Mrd. Dollar in die militärische Absicherung des Nahen Ostens.

In der Kaspischen Region finden wir alle Bedingungen und Voraussetzungen für die Reproduktion einer "Zweiten Golfregion" im Sinne des beschriebenen Dauerkrisen-Syndroms. Ohne besondere Anstrengungen, ohne eine vorausschauende Präventionspolitik wird die Entwicklung Kaspiens dieselbe Richtung wie die Golfregion einschlagen. Dabei ermutigt es nicht gerade, daß nach dem großen Systembruch von 1989/90 und dem Ende des Kalten Krieges anders als erhofft weltweit eher eine Rückkehr zu klassischer Machtpolitik und zu geostrategischem Denken stattfindet. Eine Wiederauflage des "Great Game" als Regression zum politischen Denken des 19. Jahrhunderts und die Verwandlung der kaspischen Länder in ein Schlachtfeld der Geopolitik, das wäre das Schlimmste, was dieser sensiblen Weltregion passieren könnte, und es wäre eine politische Niederlage für ganz Europa.

Es gibt Möglichkeiten und Instrumente, eine andere Zukunft für die transkaukasischen und mittelasiatischen Länder aufzubauen. Nicht noch einmal die Fehler zu machen, die eine zweite Spannungszone á la Golf zum Ergebnis haben, erscheint nicht als weltfremdes Vorhaben. Es gilt, den seltenen Glücksfall zu nutzen, daß sich die regionalen und überregionalen ökonomischen Interessen mit den Zielen einer rationalen, präventiven und auf Frieden abzielenden Politik voll in Deckung bringen lassen. Diese Chance muß Europa nutzen. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1999 eine gute Möglichkeit, wichtige Impulse zu geben und eigene Beiträge zu einer gemeinsamen europäischen Politik im Sinne einer Nutzung dieser Chance zu leisten.